

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 26

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 29.8.2008

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

am 20. September werden viele Menschen gegen die Verlängerung des Mandats für den Bundeswehreininsatz in **Afghanistan** demonstrieren. Auch DIE LINKE wird sich an den Demonstrationen beteiligen. Ab S. 2:

- Interview von Heike Hänsel mit Zoya (4.6.2008): Wir sterben an Hunger. Und durch die Präsenz der internationalen Truppen verschlechtert sich die Situation noch
- Rede von Heike Hänsel (24.4.2008): Zivile Hilfe für Afghanistan in zivile Hände legen
- Aufruf zu den Demonstrationen am 20.9. in Stuttgart und Berlin

Am 6. August übernahmen die Militärs in einem unblutigen Staatsstreich gegen die demokratisch gewählte Regierung die Macht in **Mauretanien**. Hüseyin Aydin als Vorsitzender der Parlamentariergruppe Maghrebstaaten des Bundestages sagte daraufhin eine für Oktober geplante Delegationsreise nach Mauretanien ab. Ab S. 10:

- Presseerklärung von Hüseyin Aydin (7.8.2008): Staatsstreich ist ein Rückschlag für die Demokratisierung Mauretaniens
- Presseerklärung von Hüseyin Aydin (19.8.2008): Besuch der Parlamentariergruppe Maghreb in Mauretanien abgesagt

DIE LINKE verurteilt den Schauprozess in **Ägypten** gegen 49 Arbeiterinnen und Arbeiter, die im April des Jahres an Demonstrationen gegen die geringen Löhne und die stark ansteigenden Lebensmittelpreise teilgenommen hatten. Ab S. 11:

- Offener Brief von Hüseyin Aydin an den ägyptischen Botschafter (18.8.2008): Sofortige Einstellung des Prozesses gegen 49 Angeklagte von Mahalla
- Presseerklärung von Hüseyin Aydin (8.8.2008): Ägypten: DIE LINKE fordert sofortiges Ende des Schauprozesses von Mahalla

Den Besuch der Bundeskanzlerin in **Kolumbien** nahmen Heike Hänsel und DIE LINKE zum Anlass, kritische Fragen an die deutsche Kolumbien-Politik zu stellen. Ab S. 12:

- Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Antwort der Bundesregierung: Besuch der Bundeskanzlerin in Kolumbien (BT-Drs. 16/9951)

Ab S. 18: Stellungnahme von Hüseyin Aydin zur politischen Situation in **Simbabwe**.

„Wir sterben an Hunger. Und durch die Präsenz der internationalen Truppen verschlechtert sich die Situation noch“

Interview mit Zoya (RAWA) von Heike Hänsel, MdB, Berlin, den 4. Juni 2008

Zoya (geb. 1978) ist Mitglied von RAWA (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan), eine humanitäre und politische Organisation, die sich seit 1977 friedlich für die Frauenrechte und säkulare Demokratie in Afghanistan einsetzt. Seit dem Erscheinen ihrer Lebensgeschichte „Zoya. Mein Schicksal heißt Afghanistan“ (2002) ist Zoya, die wie ihre Mitstreiterinnen im Untergrund lebt und ihren wirklichen Namen aus Sicherheitsgründen geheim hält, international bekannt. 2001 erhielt RAWA für ihr mutiges Engagement den Mona-Lisa-Preis des ZDF.

Hänsel: Wie würden Sie die Situation von Frauen und RAWA in Afghanistan vor dem Einmarsch der internationalen Truppen in ihr Land 2001 beschreiben?

Zoya: Wir erinnern uns an die Zeit vor dem 11. September, als die internationale Gemeinschaft völlig blind und taub gegenüber der Tragödie in Afghanistan war, vor allem was die Taliban und das Leid der Frauen betraf. RAWA-Frauen nahmen ein großes Risiko auf sich, indem wir Menschenrechtsverletzungen dokumentierten, luden das Material auf unsere Webseite und boten es der internationalen Gemeinschaft an, um zu zeigen, wie dramatisch das Leiden der Bevölkerung ist. Der BBC und anderen Medien boten wir unsere Aufnahmen an und baten darum, uns dabei zu helfen, die Fälle von Steinigungen, Vergewaltigungen, Hinrichtungen und Abschneiden von Gliedmassen öffentlich zu machen und anzuprangern. Es gab viele solcher Verbrechen von Taliban, sie sind wilde Kreaturen, und wir baten inständig: Machen Sie Interviews mit den Frauen und geben Sie ihnen eine Stimme in der internationalen Gemeinschaft. Aber die Medien haben dies abgelehnt und wollten nicht von dem Leid der Afghanen unter dem Taliban-Terrorismus sprechen.

Hänsel: Was hat sich an der Situation seit 2001 geändert?

Zoya: Es war also erst nach dem 11. September, dass die internationale Gemeinschaft begann, von Terrorismus zu reden. Doch für uns war es wirklich eine Realität, die seit 1992 bestand. Die Taliban nannten die Tore der Schulen die „Einfahrt zur Hölle“, Computer und Fernsehen wurden als Teufelswerkzeug verdammt und sie erhängten Menschen an Bäumen, sie schnitten Gliedmaßen ab, richteten Leute hin, führten Steinigungen durch, setzten das Tragen der Burka durch usw. Die Internationale Gemeinschaft hatte vor 2001 die Zustände entweder ignoriert oder im Falle der Taliban durch die CIA und die amerikanische Außenpolitik erst kreiert und gestützt. Wir können nicht vergessen, dass Bin Laden ein CIA-Boy war! Nach dem 11. September dann begannen die USA, Afghanistan mit den modernsten Waffen zu bombardieren, ein müdes Land wie Afghanistan. Die Devise lautete: Wer auch immer kommen mag, kommen Sie und machen Sie Schluss mit den Taliban, wir wollen sie ein für allemal loswerden. Aber jetzt nach 7 Jahren sehen wir, was mit dem Land geschehen ist. Milliarden Dollar flossen in das Land, um angeblich den Armen zu helfen, Bildung und Gesundheit zu verbessern, aber wir sehen keine Verbesserung. Im Gegenteil, die Situation wird von Tag zu Tag schlechter. Der Grund dafür ist, dass, wie die älteste politische Organisation RAWA von Anfang an, als noch unsere Gründerin Meena lebte, warnte, dass der Westen stets die schlimmsten Feinde unterstützt hat, wie die Jihadi-Gruppen der Nordallianz während des Kalten Krieges. Sie warnte auch, dass diese Un-

terstützung der Fundamentalisten durch den Westen nicht nur für Afghanistan, sondern für die ganze Welt, eingeschlossen die USA, eine enorme Gefahr birgt, die sich wie ein Virus immer mehr ausbreitet. Aber niemand hat auf uns gehört, und nun wiederholen die westlichen Regierungen, Amerikas Alliierte, auch Deutschland, denselben Fehler. Heute ist die Nordallianz durch die Hilfe der westlichen Besatzungstruppen wieder erstarkt, der Westen macht Kompromisse und kollaboriert mit lokalen Warlords und Drogenbaronen.



Hänsel: Können Sie konkrete Beispiele für die Situation der Bevölkerung nennen?

Zoya: Die Bevölkerung sieht, dass 43 Länder in Afghanistan militärisch präsent sind, tausende von Soldaten und Milliarden von Dollar, aber nach wie vor gibt es kein sauberes Trinkwasser, keine Elektrizität, und die Familien verkaufen auf den Straßen ihre Kinder, weil sie Hunger haben.

Nur ein Kilometer vom Präsidentenpalast in Kabul entfernt sterben die Menschen an Hunger. Sie müssen nur Interviews mit Menschen im afghanischen Fernsehen ansehen. Ich hörte vor einer Woche einen Mann sagen: "Wir sterben an Hunger und alles ist so teuer, die Preise haben sich verdoppelt, bitte sagen Sie Präsident Karzai, dass er eine Bombe über uns abwerfen soll, weil wir dieses Leben nicht mehr wollen. Wenn sich nichts ändert, ist

es besser, wir werden getötet." Gewiss ist dies nicht die Lösung, sondern die Aussage drückt die Wut dieses Mannes und von 99 % der afghanischen Bevölkerung aus, die arm sind und die gerade im Moment stark unter Hunger leiden. Vor einer Woche gingen die Lehrer Kabuls und anderer Provinzen in Hungerstreik, weil die Regierung ihnen für 2 Monate keine Gehälter ausgezahlt hatte. Ihr Einkommen liegt bei 60 EUR pro Monat, das ist nicht einmal genug, um einen Sack Mehl zu kaufen, der 70 EUR kostet!

Wir sehen also, dass die Milliarden von Dollar nicht den Lehrern zugute kommen oder der Bildung, öffentlicher Infrastruktur oder der medizinischen Versorgung. Also wohin fließt dieses Geld? Wir haben nicht einmal Elektrizität. Kabul wird auch die dunkelste Hauptstadt der Welt genannt, und es kursiert ein Witz unter den Einheimischen, dass der Energieminister eigentlich der Minister der Kerzen ist. Ein anderes wichtiges Problem ist Opium. Letztes Jahr hat Afghanistan vor den Augen der Besatzungstruppen die größte Opiumernste eingefahren und produziert nun den Rekord von 93 % des Opiums weltweit. Und auch hier leiden Frauen am meisten, denn es gibt neuerdings ein Konzept, das „Opiumbräute“ heißt. Arme Bauern, die nicht in der Lage dazu sind, die Drogendealer zu bezahlen, müssen ihnen stattdessen ihre Töchter geben.

Außerdem gibt es keine Sicherheit. Täglich werden Schulen und Wohnhäuser niedergebrannt. Vergewaltigung ist sehr, sehr üblich, aber die Familien sprechen nicht darüber, weil es für die Familien eine Schande ist. Kleine Mädchen und alte Frauen werden vergewaltigt, eine Dreizehnjährige namens Bashira wurde sogar auf dem Nachhauseweg von der Schule von dem Sohn eines Abgeordneten und einem Freund vergewaltigt. Ich erinnere mich daran, wie sie im Fernsehen zu sehen war, weinend, sie schrie, dass niemand ihr helfen würde, weil ihre Familie arm sei. Für den Vergewaltiger gab es keinerlei strafrechtli-

che Konsequenzen, weil sein Vater Abgeordneter ist. Es herrscht das Gesetz des Dschungels. Und wir sollten hier nicht vergessen, dass Kabul nur ein kleiner Ausschnitt Afghanistans ist, sogar die USA gaben zu, dass Karzai nur 30 % des Landes unter seiner Kontrolle hat, in den Provinzen, in 70 % des Landes, aber herrschen die Kriegsherren, Taliban und Drogenbarone. Ich möchte betonen, dass diese Verbrechen vor den Augen der ausländischen Truppen geschehen. Leute, die behaupten, die Truppen seien gut, sollten erst die Fakten betrachten.

Hänsel: *Was sind Ihrer Einschätzung nach die Hauptprobleme der afghanischen Frauen?*

Zoya: Afghanische Frauen leiden unter zwei Hauptproblemen, das eine ist der Fundamentalismus und das andere die häusliche Gewalt durch die Ehemänner, die sich frei fühlen, alles zu tun, was sie wollen! Die Lage der Frauen hat sich überhaupt nicht verbessert. Als Symbol einer Verbesserung missbrauchen sie die Schulen, sie sagen, dass nun die Schultüren offen seien und es den Leuten besser ginge. Dass die Burka nicht mehr getragen werden muss. Aber auch die Burka ist nur ein Symbol, denn Frauen tragen sie, um Sicherheit, die es nicht gibt, für sich zu schaffen. Im Westen hieß es immer, die Burka sei das Problem, aber ich sage, nein, die Burka ist nicht das Problem, die Gewalt ist das Problem. Ja, die Schulen sind da, aber die Eltern schicken ihre Kinder nicht hin, weil sie Angst vor Entführung und Kidnapping auf dem Weg dorthin haben. Ich spreche nicht von Kabul, sondern von den ländlichen Provinzen.

Hänsel: *Wie stehen Sie zum Thema Truppenabzug?*

Zoya: Wir glauben, dass Amerika nicht ehrlich ist, sondern ein Drama, eine Art "Tom and Jerry-Drama", fortsetzen will, zwischen den Taliban und Amerika. Unsere Leute kennen jetzt die versteckten Gründe für diesen Krieg, in dem es zuerst um die politischen Interessen Amerikas geht und nicht um die Befreiung der Bevölkerung. Es handelt sich also hier um ein Drama, das einen Vorwand liefern soll, damit die Amerikaner in Afghanistan bleiben können. Und der sind die Taliban, die sie also nicht wirklich besiegen wollen. Es würde nur einen halben Tag dauern, bis sie die Taliban zerstören, aber sie sind eben nicht ehrlich. Deshalb setzen sie dieses Drama fort. Tausende Menschen starben durch die Kälte, und ich kann nicht teilen, dass dies eine Naturkatastrophe gewesen sei. Nein, ein Land, das mehr als 20 Milliarden an internationaler Hilfe bekommt – wieso sollten Menschen im Winter sterben? Für Elektrizität, Wiederaufbau und Wasser kommt nichts an. Die internationalen Truppen machen nur Kompromisse mit unseren Feinden, und daher sagen wir: „Es ist besser, ihr verschwindet. Einige Leute behaupten, dann würde ein neuer Bürgerkrieg ausbrechen. Okay, es ist egal, lasst uns in Ruhe mit unseren Feinden. Es ist unsere Verantwortung, aufzuwachen und uns selbst zu befreien. Wenn der Westen nur kurz geblieben wäre, die Taliban und Nordallianz entwaffnet und die demokratischen Kräfte gestärkt hätte, in Ordnung.“ Aber sie bringen die Verbrecher nicht vor das Internationale Kriegsverbrechertribunal und haben die gesamten 7 Jahre nichts Gutes erreicht, sie haben die Situation verschlimmert. Wir sagen ihnen einfach: „Okay, danke, verlasst Afghanistan. Ihr unterstützt uns nicht ehrlich, also geht.“

Hänsel: *Was erwarten Sie konkret von Ihrem Besuch in Deutschland?*

Zoya: Wir möchten uns zunächst ganz herzlich bei der Linksfraktion im Bundestag für die Gelegenheit bedanken, hier von dem Leiden unserer Bevölkerung zu sprechen. Wir sind wirklich dankbar dafür, dass in einer schwierigen und sensiblen politischen Situation die Linke diesen Schritt gewagt hat. Wir hoffen, dass es in Zukunft mehr Einladungen geben

wird und wir öfter nach Deutschland reisen können, denn leider ist es seit 2001 – das sind 7 Jahre! – nicht mehr dazu gekommen. Damals hatten wir Beziehungen zu den Grünen und erhielten den Mona-Lisa-Preis vom ZDF, über den wir uns sehr gefreut haben. Aber als wir uns dann für den Truppenabzug ausgesprochen haben, wurden wir nicht mehr eingeladen. Wir leben von Spenden und brauchen die internationalen Reisen für Fundraising, aber momentan ist unsere finanzielle Situation wirklich schlecht. Wir fordern die deutsche Regierung und die deutschen Parteien dazu auf, nicht mehr blind der US-Politik zu folgen, sondern demokratische Kräfte wie RAWA, Malalai Joya und andere Individuen im Land zu unterstützen. Heutzutage herrscht Verwirrung über die verschiedenen Kräfte im Land, die ausländischen Truppen und verschiedene einheimische Fundamentalisten, Nordallianz, Warlords und Taliban. Verlassen Sie Afghanistan. Falls Bürgerkrieg ausbrechen sollte: Okay. Bürgerkrieg herrscht schon jetzt und herrscht seit 30 Jahren, dann sollten wir auch den nächsten Bürgerkrieg durchstehen. Aber kein fremdes Land kann einem anderen Land Freiheit spenden, erst recht nicht mit B 52, Helikoptern und Flugzeugen, Befreiung ist etwas, das wir selbst erreichen müssen.

Hänsel: *Herzlichen Dank!*

Rede, 24.4.2008

Zivile Hilfe für Afghanistan in zivile Hände legen

In der Bundestagsdebatte über die Entwicklung in Afghanistan kritisiert Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die sog. zivil-militärische Zusammenarbeit und erläutert den Vorschlag ihrer Fraktion, ein Pilotprojekt für den lizenzierten und kontrollierten Mohnanbau zu medizinischen Zwecken aufzulegen (Rede zu Protokoll):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Krieg gegen Afghanistan, den die Grünen 2001 selbst mit eingeleitet haben, hat nicht zu einer friedlichen Entwicklung des Landes geführt, sondern zu anhaltender Gewalt und der Verstärkung von wirtschaftlichem und sozialem Elend. Er hat auch keine breiten gesellschaftlichen Emanzipationsprozesse in Gang gesetzt, wie unter anderem von den Grünen angekündigt, sondern die Menschen in Afghanistan vielfach neuen Bedrohungen ausgesetzt. Zu den Taliban – so hat Oxfam jüngst die Wahrnehmung der Afghaninnen und Afghanen im Rahmen der Studie „Community Peacebuilding“ in Afghanistan gemessen – kommt die Bedrohung durch lokale Warlords, Kriminelle und Drogendealer, aber auch durch die internationalen Truppen selbst.

Immerhin – die Grünen reden in ihrem Antrag die Ergebnisse der von ihnen ansonsten unterstützten Militärmission nicht schön und weisen auf die vielen damit verbundenen oder zumindest durch sie nicht gelösten Probleme hin. Ich kann da einen Fortschritt gegenüber früheren Verlautbarungen erkennen. So stellen die Grünen endlich auch den früher durch ihre eigenen Repräsentanten vehement vertretenen Ansatz der sog. zivil-militärischen Zusammenarbeit und auch die Regionalen Wiederaufbauteams (PRTs) in Afghanistan in Frage. Das ist mehr als angebracht. Bereits vor anderthalb Jahren haben Fachleute von Entwicklungsorganisationen in einer Anhörung im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die massiven Probleme mit diesem Ansatz hingewiesen.

In Afghanistan sind die negativen Konsequenzen des zivil-militärischen Ansatzes im Rahmen von ISAF deutlich erkennbar. Aufgrund der engen Anbindung humanitärer und ziviler Organisationen an die militärischen Strukturen (Bereitstellung von Infrastruktur, Vermittlungstätigkeiten, Bereitstellung von Geldern) sind diese Organisationen für die Bevölkerung häufig nicht mehr eindeutig von den militärischen Einheiten zu unterscheiden. Zivile Akteure büßen somit Anerkennung und ihre Neutralität ein und werden selbst zum Ziel von Anschlägen. Als Folge dieser „Infizierung“ ziviler Hilfsprojekte durch das Militär haben zahlreiche Hilfsorganisationen ihre Arbeit nicht mehr oder nur noch stark eingeschränkt weiterführen können und sich aus Afghanistan bzw. der betreffenden Region zurückziehen müssen.

Die Projekte zivil-militärischer Zusammenarbeit in Afghanistan, die Provincial Reconstruction Teams (PRT), werden zudem in ihrem Impact überschätzt. Das Ergebnis einer Auswertung von 40 Studien zu PRTs durch das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen und andere attestiert „eine schwache oder gar keine feststellbare Effizienz“ der PRTs im Hinblick auf die Ziele Sicherheit, Stabilisierung, Institutionenbildung und Wiederaufbau. Die Ausgaben für die zivile und militärische Komponente sind auch hier einseitig zugunsten des Militärs verteilt – z.B. beim PRT Kundus in 2004 im Verhältnis von 5:1. Es gibt bisher keine Analysen, die den Erfolg, der den PRTs immer wieder unterstellt wird, untermauern. Insbesondere gibt es keine Evaluierung seitens der Bundesregierung. Hier unterstützen wir die Forderung der Grünen, eine solche vorzulegen.

Je mehr Geld man in den militärischen Bereich investiert, desto weniger bleibt für die zivile Entwicklung übrig. Allein die USA haben für ihr militärisches Engagement in Afghanistan seit 2001 127 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Währenddessen warten die Afghaninnen und Afghanen nach einem Bericht der ARD von Ende März auf die Auszahlung eines großen Teils der von den westlichen Gebern versprochenen zivilen Unterstützungsleistungen. Von den versprochenen 25 Milliarden US-Dollar sind bislang nur 15 Milliarden tatsächlich in Afghanistan angekommen, und davon flossen 40 Prozent u. a. in Form von Unternehmensgewinnen und Beratergehältern wieder zurück in die Geberländer.

Zivile Krisenbearbeitung muss zivil formuliert werden. Zivile Instrumente müssen entsprechend ausgestattet, oft überhaupt erst entwickelt werden. Zivile Projekte müssen in zivile Hände gelegt werden, wo die entsprechende Expertise und die langfristige Orientierung für das Erreichen struktureller Veränderungen vorhanden sind und nicht tagesaktuelle Interessen und militärstrategische Überlegungen dominieren.

Für eine effektive Aufbauhilfe wäre wesentlich, dass lokale Akteurinnen und Akteure viel stärker einbezogen werden, als das im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit praktiziert wird bzw. überhaupt möglich ist. Die unterschiedlichen vorhandenen Interessen müssen sich artikulieren und in einen Austausch gebracht werden. Mehr Partizipation muss organisiert werden. Viel mehr Menschen müssen in die Suche nach Lösungen für eine zivile Krisenprävention einbezogen werden.

Das ist erstens der Anspruch der UN-Resolution 1325 für eine stärkere Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der institutionellen Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten, den es endlich einzulösen gilt, und das ist für DIE LINKE zweitens auch eine Schlussfolgerung aus der Oxfam-Studie, der zufolge die (potenziell) gewaltträchtigen Konfliktfelder in Afghanistan so unterschiedlicher Natur sind wie die Wahrnehmung der Gewaltakteure durch die Bevölkerung. Großes Konfliktpotenzial wird solchen Auseinandersetzungen zugeschrieben, die auf der lokalen Ebene z. B. um den Zugang zu Wasser und

Land oder in bzw. zwischen familiären oder Clan-Strukturen ausgetragen werden. Zugleich weist Oxfam darauf hin, dass die Afghaninnen und Afghanen zur Schlichtung von Konflikten vorzugweise auf traditionelle Schlichtungsformen zurückgreifen und sich an ihre lokalen Autoritäten, wie die Ältestenräte, wenden. Hier müssen wir ansetzen!

Entwicklung in Afghanistan kann nicht gegen die Afghaninnen und Afghanen durchgesetzt werden, sondern nur mit ihnen und vor allem durch sie. Das möchte ich abschließend anhand unseres Vorschlags erläutern, Chancen für einen lizenzierten Mohnanbau zu eröffnen. Angesichts immer neuer Rekordernten ist doch offensichtlich, dass die bisherigen Strategien der Drogenbekämpfung, die entweder ganz direkt repressiv ausgerichtet waren (USA) oder Repression mit Substitution verbanden (EU), gescheitert sind. Aus dem illegalen Drogenanbau speist sich der anhaltende Krieg.

Deshalb schlägt DIE LINKE vor, Möglichkeiten zu prüfen, den legalen lizenzierten und kontrollierten Anbau von Mohn zu medizinischen Zwecken zu fördern, und diesen Anbau in eine Strategie zur diversifizierten regionalen Entwicklung des ländlichen Raums zu integrieren. Es gibt Vorbilder für eine solche Maßnahme, darauf verweisen wir in unserem Antrag. Ziel muss sein, die Bäuerinnen und Bauern aus der Abhängigkeit von Drogendealern und Warlords zu befreien, ohne sie ihrer wirtschaftlichen Grundlagen zu berauben.

Wenn es stimmt, dass das größte Gewaltpotenzial in Konflikten um lokale ökonomische Ressourcen liegt und in besonderem Maße von den Drogenbaronen ausgeht, wäre der lizenzierte und kontrollierte Mohnanbau in meinen Augen eine lokal angepasste Maßnahme, eine friedliche und sozial nachhaltige Entwicklung in den ländlichen Räumen Afghanistans einzuleiten.

Dokumentation, 20.9.2008

20.9.2008 Demonstration in Berlin und Stuttgart

Aufruf der Friedensbewegung zur Demonstration:

„Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan“

Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan

Mit dem sieben Jahre andauernden Krieg in Afghanistan wurde keines der vorgeblichen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Alphabetisierungsrate ist seit dem Einmarsch gesunken. Täglich sterben in Afghanistan 600 Kinder unter fünf Jahren. Alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ging zurück.

Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland würde noch enger in die Kriegführungsstrategie der NATO und damit der USA verstrickt. Diese zielt ab auf die Neuordnung des Nahen und Mittleren

Ostens und Zentralasiens zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Obwohl die Bundesregierung die zivile Aufbauhilfe zu ihrem Schwerpunkt für Afghanistan erklärt hat, wird für den Krieg ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Der Verdacht liegt nahe, dass die "zivile" Komponente des Bundeswehreinsatzes zur Rechtfertigung des Krieges instrumentalisiert wird.

Wiederaufbau, Demokratie und eine soziale Entwicklung können erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind. Die frei werdenden Mittel müssen für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zuzustimmen. Hören Sie auf, den Friedenswillen der Bürgerinnen und Bürger weiter zu missachten!

Wir unterstützen alle Soldatinnen und Soldaten, die von ihrem Grundrecht auf Verweigerung des Kriegseinsatzes Gebrauch machen.

Der Abzug der Bundeswehr würde die USA und andere Kriegsparteien unter Druck setzen, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Dadurch erhielte der Frieden eine echte Chance.

Wir wollen Frieden für Afghanistan. Dafür rufen wir in den nächsten Wochen und Monaten zu vielfältigen örtlichen und regionalen Aktionen auf: Zu Demonstrationen, Mahnwachen, Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Abgeordneten, Flugblattaktionen und Zeitungsanzeigen. Für den 20. September 2008 rufen wir zur bundesweiten Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf.

Mit einer sogenannten "Antiislamisierungskonferenz" in Köln versuchen Rassisten und Neofaschisten vom 19.-21. September Menschen muslimischen Glaubens zu kriminalisieren, zu diffamieren und auszugrenzen. Die Friedensbewegung begrüßt die geplanten Proteste mit dem Ziel, die "Antiislamisierungskonferenz" zu verhindern. Der Kampf gegen Krieg und Rassismus ist für uns untrennbar miteinander verbunden.

INFORMATIONEN ZU DEN DEMONSTRATIONEN UND MÖGLICHKEITEN, DEN AUFRUF POLITISCH UND FINANZIELL ZU UNTERSTÜTZEN UNTER

<http://www.afghanistandemo.de/>

Nein zu Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz



Dem Frieden eine Chance

**TRUPPEN RAUS
AUS AFGHANISTAN**

www.afghanistandemo.de

20.9.2008

**DEMONSTRATION
BERLIN STUTTGART**

12 Uhr Auftakt Brandenburger Tor
14 Uhr Abschluss Gendarmenmarkt

12 Uhr Auftakt Lautenschlagerstr. (gegenüber Hbf)
14 Uhr Abschluss Schlossplatz

Staatsstreich ist ein Rückschlag für die Demokratisierung Mauretaniens

DIE LINKE verurteilt den Militärputsch in Mauretanien und fordert die unverzügliche Wiedereinsetzung des Präsidenten Sidi Ould Cheikh Abdallahi. "Der Coup zeigt, dass das Militär weiter maßgeblichen Einfluss auf die Politik in Mauretanien ausübt", so der Obmann der Fraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Hüseyin Aydin. Die instabile Demokratisierung des Landes in den vergangenen 18 Monaten werde durch den Staatsstreich massiv gefährdet.

Mitglieder der Präsidentengarde hatten am 6. August den Präsidenten Mauretaniens und den Ministerpräsidenten Yahya Ould Ahmed Waghef festgenommen, nachdem Abdallahi am gleichen Tag die Absetzung von hohen Offizieren verfügt hatte. An die Spitze der Putschisten, die die Einsetzung eines Staatsrates verkündeten, stellte sich der Chef der Präsidentengarde, Mohamed Ould Abdelaziz. Die Militärs kündigten an, so schnell wie möglich freie und transparente Wahlen durchführen zu wollen.

"Zu vorgezogenen Wahlen besteht derzeit überhaupt kein Anlass", findet indes Aydin. "Der jetzige Präsident Mauretaniens wurde im März 2007 gemäß der Verfassung gewählt. Er sollte sein Amt bis zum Ende seiner Legislaturperiode ausüben können. Die schnelle Reaktion der Afrikanischen Union (AU) ist zu begrüßen. Indem sie den Coup verurteilt und die Rückkehr zur konstitutionellen Ordnung gefordert hat, hat die AU die Abkehr von ihrer früheren Haltung vollzogen, die oft genug nachsichtig war gegen Putschisten. Jetzt sind konkrete Maßnahmen erforderlich. Die AU sollte die Mitgliedschaft Mauretaniens so lange aussetzen, bis die zivile Regierung wieder die Amtsgeschäfte übernommen hat. Die Bundesregierung fordere ich auf, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Mauretanien bis zur Rückkehr zur Zivilregierung einzufrieren."

Besuch der Parlamentariergruppe Maghreb in Mauretanien abgesagt

Der von der Parlamentariergruppe Maghreb des Bundestages für Ende Oktober 2008 geplante Besuch in Mauretanien wurde aufgrund der jüngsten politischen Entwicklungen in dem westafrikanischen Land abgesagt. Ursprünglich wollte sich die Parlamentariergruppe sowohl in Libyen und Marokko als auch in Mauretanien mit Abgeordneten und Politikern zu Gesprächen treffen. Nun werden sich die bundesdeutschen Parlamentarier länger als bisher geplant in Marokko aufhalten.

Am 6. August 2008 hatte die Präsidentengarde gegen den im Frühjahr 2007 gewählten Präsidenten Mauretaniens, Sidi Ould Cheikh Abdallahi, geputscht. Der von den Militärs geformte Staatsrat übernahm die Amtsgeschäfte. Der Staatsstreich wurde international verurteilt; sowohl die USA als auch die EU froren Entwicklungshilfegelder für das Land ein.

„Ein Besuch unter diesen Bedingungen würde die Stellung der Putschisten in Mauretanien stärken“, erklärte der Vorsitzende der Parlamentariergruppe Maghreb, Hüseyin Aydin (Die Linke). „Der Forderung des mauretanischen Parlamentes, die Militärjunta als Regierung anzuerkennen, können wir uns nicht anschließen. Die verfassungsmäßige Ordnung muss unverzüglich wieder hergestellt werden.“

Sofortige Einstellung des Prozesses gegen 49 Angeklagte von Mahalla

Sehr geehrter Herr Botschafter Al-Orabi,

mit großer Betroffenheit habe ich von den Demonstrationen vom 6. und 7. April 2008 in Mahalla, den Vorwürfen gegen die ägyptischen Sicherheitskräfte in Zusammenhang mit der gewaltsamen Auflösung dieser Demonstrationen sowie von dem Prozess gegen 49 Beschuldigte vor einem Sondergericht in Tanta Kenntnis genommen.

Seit dem 9. August 2008 müssen sich 49 Fabrikarbeiterinnen und –arbeiter aus Mahalla vor dem Emergency Supreme State Security Court für eine Reihe von angeblich von ihnen begangenen Straftaten verantworten. Sie werden unter anderem beschuldigt, sich in Gruppen von mehr als fünf Menschen versammelt zu haben mit dem Ziel, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu stören, privates und öffentliches Eigentum zerstört, Plünderungen und Diebstähle begangen sowie gewaltsamen Widerstand gegen Polizeioffiziere geleistet zu haben. Die Verhandlung wurde am ersten Prozesstag ausgesetzt und soll nun am 1. September 2008 fortgeführt werden.

Dieser Prozess basiert nach Informationen der Beschuldigten, ihrer Anwälte und den Erkenntnissen verschiedener Menschenrechtsgruppen auf Aussagen, die während der Untersuchungshaft unter Folter erzwungen wurden. Es ist unter diesen Bedingungen zu befürchten, dass die Angeklagten kein rechtsstaatliches Verfahren erwarten können.

Sollten sich die Folter-Vorwürfe als zutreffend erweisen, entbehrt der Prozess jeglicher Grundlage. Deshalb fordere ich die ägyptische Regierung auf, darauf hinzuwirken, dass der Prozess sofort eingestellt wird und die Beschuldigten freigelassen werden. Sie sollte außerdem gewährleisten, dass die Aussagen der Angeklagten, sie seien gefoltert worden, von einer unabhängigen Kommission untersucht werden. Jene Sicherheitskräfte, die an Folterungen beteiligt gewesen sind, müssen vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden.

Das Verbot von Demonstrationen und Streiks aufgrund der seit 1981 geltenden Notstandsgesetze halte ich für nicht akzeptabel. Die Notstandsgesetze sollten unverzüglich außer Kraft gesetzt werden. Darüber hinaus müssen die Normen der International Labour Organisation, die Ägypten ratifiziert hat, umgesetzt und das Streikrecht gewährleistet werden.

Bei den Demonstrationen in Mahalla vom 6. und 7. April 2008 wurden Medienberichten zufolge durch die exzessive Gewalt der Sicherheitskräfte drei Menschen getötet und Dutzende verletzt. Mehr als 250 Menschen wurden festgenommen. Auch hier sollte die ägyptische Regierung veranlassen, dass diese Vorkommnisse von einer unabhängigen Untersuchungskommission aufgeklärt und deren Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ich bitte Sie, diesen Offenen Brief auch S.E. dem Präsidenten der Arabischen Republik Ägypten, Herrn Hosni Mubarak, zur Kenntnis zu bringen.

Hochachtungsvoll,
Hüseyin – Kenan Aydin, MdB

Ägypten: DIE LINKE fordert sofortiges Ende des Schauprozesses von Mahalla

„Das Verbot von Demonstrationen aufgrund der seit 1981 geltenden Notstandsgesetze ist nicht akzeptabel. Der Prozess von Mahalla basiert auf unter Folter erzwungenen Aussagen. Das widerspricht allen Standards für ein rechtsstaatliches Verfahren“, erklärt Hüseyin Aydin zu dem am Samstag beginnenden Schauprozess des Mubarak-Regimes gegen 49 Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen in Ägypten. Die Angeklagten hatten im April an Demonstrationen in Mahalla teilgenommen, um gegen die Lebensmittelkrise und den niedrigen Mindestlohn zu protestieren. Der Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung weiter:

„Seit 2007 sind die Preise für Grundnahrungsmittel in Ägypten enorm gestiegen. Die Gehälter stagnieren jedoch seit 1984. Das Wirtschaftswachstum von 7 Prozent pro Jahr kommt bei den Menschen nicht an. Hunger und Angst vor der Zukunft lassen immer mehr Menschen gegen die Missstände demonstrieren. 2007 gab es mehr als 1000 Streiks und sie werden zunehmen. Die Notstandsgesetze werden nicht mehr lange haltbar sein. Die ägyptische Regierung muss die ILO-Normen umsetzen.“

Der Streik der größten Textilfabrik Ägyptens mit 27.000 Arbeitern und Arbeiterinnen wurde durch Sicherheitskräfte unter Einsatz scharfer Munition und Schlagstöcke beendet. Dabei wurden mindestens drei Menschen getötet und Hunderte verletzt. Die große Solidarität mit den Demonstranten in Mahalla und die internationale Verurteilung der Verhaftungen sind deutliche Zeichen. Die ägyptische Regierung hat das Streikrecht und die Menschenrechte der Inhaftierten missachtet. Die deutsche Regierung und die internationale Gemeinschaft müssen sich gegenüber Mubarak eindeutig für eine Beendigung der Notstandsgesetze aussprechen. DIE LINKE erklärt ihre Solidarität mit den 49 Angeklagten und fordert ihre sofortige Freilassung.“

Kleine Anfrage, 8.7.2008

Besuch der Bundeskanzlerin in Kolumbien

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Monika Knoche, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/9954)

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel besuchte am 17. und 18. Mai 2008 Kolumbien. Dort lobte die Bundeskanzlerin ausdrücklich die vermeintlichen Erfolge der rechtskonservativen Regierung von Präsident Álvaro Uribe in der Wirtschaftspolitik und bei der Herstellung von öffentlicher Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Diese positive Einschätzung der Regierung durch die Bundeskanzlerin wird von vielen Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften in Kolumbien nicht geteilt.

Sie kritisieren beispielsweise, dass ihre Arbeit immer wieder von Vertretern der Regierung öffentlich ins Zwielficht und sogar in die Nähe terroristischer Aktivitäten gerückt wird. Durch

diese öffentliche Anprangerung und dadurch, dass viele Morde an Aktivistinnen und Aktivisten ungesühnt bleiben, wird ihre Bedrohung durch paramilitärische Gruppen, die trotz des Demobilisierungsprozesses weiter bestehen oder neu gegründet wurden, noch verstärkt.

Auch Friedensgemeinden, wie die Gemeinde San José de Apartadó, die im letzten Jahr den Aachener Friedenspreis erhielt, wurden wiederholt unter den Verdacht der Nähe zu den Guerilla bzw. zum Terrorismus gestellt. Viele dieser Gemeinden werden durch Paramilitärs, reguläre Streitkräfte und teilweise auch durch Guerilla bedroht und haben bereits viele Tote zu beklagen. Seit Jahren weisen Menschenrechtsorganisationen überdies auf die engen Verbindungen von Paramilitärs zu den staatlichen Streitkräften sowie zu Regierungsvertretern und Abgeordneten der Regierungsmehrheit hin. Gegen 65 Abgeordnete der Regierungsmehrheit wird in diesem Zusammenhang ermittelt, 33 davon sind in Haft. Ungeachtet dessen ist der Öffentlichkeit von einer kritischen Ansprache der Menschenrechtsproblematik seitens der Bundeskanzlerin nichts bekannt geworden, im Gegenteil unterstützte die Bundeskanzlerin den Kurs der Regierung Uribes ausdrücklich und kündigte eine verstärkte Zusammenarbeit an.

1. Frage der Fraktion DIE LINKE: Welche Rolle spielte die Situation der Menschenrechte in Kolumbien bei den Gesprächen der Bundeskanzlerin mit dem kolumbianischen Präsidenten?

Antwort der Bundesregierung: In den Gesprächen mit dem kolumbianischen Präsidenten wurden alle wesentlichen Aspekte der kolumbianischen Innenpolitik eingehend behandelt. Die Lage der Menschenrechte in Kolumbien war dabei ein zentrales Thema.

2. Mit welchen weiteren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern konnte die Bundeskanzlerin die Menschenrechtssituation in Kolumbien erörtern, und welche von der Haltung des Präsidenten abweichenden Einschätzungen wurden dabei vorgetragen?

Die Bundeskanzlerin hat mit Vertretern von Gewerkschaften, Opfervereinigungen und Journalisten ausführlich die Menschenrechtssituation diskutiert. Über den Inhalt der Gespräche wurde Vertraulichkeit vereinbart.

3. Welchen Eindruck bekam die Bundeskanzlerin dabei von der Entwicklung der Menschenrechtssituation und den fortbestehenden diesbezüglichen Problemen?

Die Bundeskanzlerin gewann einen umfassenden Eindruck der Lage, der sowohl die erheblichen Fortschritte als auch die fortbestehenden Probleme sowie die intensiven Anstrengungen, diese zu beheben, umfasste.

4. Hat die Bundesregierung den Eindruck, dass die kolumbianische Regierung ihrer Verpflichtung aus der UN-Charta, zahlreichen Selbstverpflichtungen und den Empfehlungen der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Menschenrechtsaktivisten in ihrem Land zu schützen, in ausreichendem Maße nachkommt (bitte mit Begründung)?

Die Situation der Menschenrechte in Kolumbien bleibt besorgniserregend. Es kommt nach wie vor zu Vertreibungen. Menschenrechtsverteidiger, Lokalpolitiker sowie Gewerkschafter sind immer wieder Ziel von Drohungen oder Gewalttaten illegaler Gruppen (insbesondere der Nachfolgeorganisationen der Paramilitärs, aber auch der Guerilla). Die Bundesregierung und ihre EU-Partner fordern deshalb immer wieder einen verstärkten Schutz von

Menschenrechtsverteidigern und die Aufklärung von Gewalttaten durch die kolumbianische Regierung ein. Die Bundesregierung würdigt aber auch die bisherigen Schritte der Regierung zum Schutz der Betroffenen und zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen. Die kolumbianische Regierung hat zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern verschiedene Initiativen ergriffen. Das Programm des Innen- und Justizministeriums zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern wurde personell aufgestockt und seine Mittel zwischen 2004 und 2006 verdreifacht. Fortschritte wurden auch bei der Aufklärung von schweren Gewalttaten erzielt, gleichwohl sind weitere Anstrengungen der kolumbianischen Regierung notwendig. Der jüngste Bericht der Hochkommissarin für Menschenrechte in Kolumbien, Louise Arbour, kommt ebenfalls zu einer grundsätzlich positiven Einschätzung der erzielten Fortschritte. Die Zusammenarbeit zwischen dem UNHCHR-Büro und der kolumbianischen Regierung wurde im September 2007 um weitere drei Jahre verlängert. Für 2008 hat die kolumbianische Regierung die Vorstellung des nationalen Menschenrechts-Aktionsplanes angekündigt, der die Einbindung 27 staatlicher Institutionen und externer Experten in ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Menschenrechtssituation vorsieht und damit einer der Hauptforderungen des UNHCHR nach einer breit angelegten Beteiligung der staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei der Durchführung des Aktionsplans entspricht. Kolumbien hat sich bereit erklärt, in einer frühen Phase des neuen menschenrechtlichen Überprüfungsverfahrens (UPR) im Menschenrechtsrat behandelt zu werden.

5. Drang die Bundeskanzlerin gegenüber der kolumbianischen Regierung darauf, Menschenrechts- und Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten besser zu schützen und die Urheber von politisch motivierten Morden und Drohungen strafrechtlich zu verfolgen (bitte mit Begründung)?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

6. Welche Verabredungen mit der kolumbianischen Regierung wurden diesbezüglich getroffen, und welche Unterstützung bietet die Bundesregierung dabei an?

Die kolumbianische Regierung hat ihre Politik bekräftigt, die einer dauerhaften Verbesserung der Menschenrechtssituation gilt.

7. In welcher Weise hat die Bundeskanzlerin die Kriminalisierung oppositioneller Gruppen durch Vertreter der kolumbianischen Regierung in ihren Gesprächen in Kolumbien thematisiert (bitte mit Begründung)?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

8. In welcher Weise wurde in den Gesprächen der Bundeskanzlerin mit der kolumbianischen Regierung und mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft die Situation der 4 Millionen Binnenflüchtlinge thematisiert?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

9. Inwiefern wird die Bundesregierung diese Problematik in ihrer Zusammenarbeit mit Kolumbien berücksichtigen?

Der Themenkreis Binnenflüchtlinge ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Bundesregierung in Kolumbien. Im Zeitraum von 2005 bis 2007 wurden vom Bundesministerium für wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung ca. 6 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Für 2008 werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bis zu 1,4 Mio. Euro für Projekte der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe in Kolumbien bereitgestellt. Im Rahmen der humanitären Hilfe hat das Auswärtige Amt im Zeitraum von 2005 bis 2007 für Hilfs- und Schutztätigkeiten zugunsten von Binnenvertriebenen rund 2,9 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2008 wurden bereits Projekte der humanitären Hilfe zugunsten von Binnenvertriebenen mit 1 Mio. Euro gefördert.

10. Plant die Bundesregierung im Rahmen der Zusammenarbeit auf dem Feld des Rechtsstaatsaufbaus auch Maßnahmen, die zu einer Stärkung der Funktionsfähigkeit und der Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofs von politischer Einflussnahme beitragen können? Wenn ja, welche?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass der Oberste Gerichtshof seine Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit in den letzten Jahren unter Beweis gestellt hat. Es sind keine diesbezüglichen Maßnahmen vorgesehen.

11. Entsprechen Berichte der kolumbianischen Medien, dass die Bundesregierung die Unterstützung des von Menschenrechtsgruppen kritisierten Waldschützerprogramms „Guardabosques“ erwägt, den Tatsachen? Welcher Art und von welchem Umfang soll diese Unterstützung sein?

Die Bundeskanzlerin hat zugesagt, dass die Bundesregierung eine Unterstützung des Waldschützerprogramms „Guardabosques“ prüfen wird. Das Ergebnis dieser Prüfung und damit ggf. Art und Umfang einer Unterstützung stehen noch nicht fest.

12. Hat die Bundesregierung Kenntnis von den Bedenken der Menschenrechtsgruppen, die das Waldschützerprogramm „Guardabosques“ dafür kritisieren, dass es die beteiligten ländlichen Gemeinden unter anderem durch Aufforderung zur Denunziation in den bewaffneten Konflikt hineinzieht?

Die Bundesregierung hat Kenntnis von den Bedenken der Menschenrechtsgruppen.

13. Inwiefern wird die Bundesregierung diesen Bedenken Rechnung tragen?

Die Bundesregierung wird den verschiedenen Bewertungen des Programms einschließlich der Bedenken der Menschenrechtsgruppen bei weiterer Befassung mit dem Thema Rechnung tragen.

14. Teilt die Bundesregierung die Analyse, dass dem bewaffneten Konflikt in Kolumbien tief greifende soziale Ursachen zugrunde liegen (bitte mit Erläuterung)?

Der seit Jahrzehnten anhaltende Konflikt wurde auch durch soziale Ursachen mit ausgelöst, von denen einzelne Aspekte noch heute relevant sind, wie z. B. Armut, Ungleichheit und ungeklärte Landrechtsfragen. Der Drogenhandel und die Organisierte Kriminalität haben die Dynamik und Intensität des Konflikts jedoch entscheidend verändert und stellen über die ursprünglichen Ursachen hinaus eine eigene Triebfeder des Konflikts dar.

15. Inwiefern spielt diese Erwägung eine Rolle für die Ausgestaltung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien? Welche konkreten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, zur Unterstützung einer Landreform, zur Wahrung der Rechte der Vertriebenen

sowie zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen für einen Friedensprozess werden umgesetzt oder sind in Planung?

Die Bundesregierung arbeitet im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit vor allem im Schwerpunkt „Friedensentwicklung und Krisenprävention“ mit Kolumbien zusammen. Ziel der Zusammenarbeit ist, einen Beitrag zur Bearbeitung der strukturellen Konfliktursachen zu leisten. Momentan laufen u. a. Vorhaben im Bereich Armutsbekämpfung, Justiz, sowie zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen.

16. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass der Konflikt mit den FARC nur politisch und auf dem Wege von Verhandlungen, nicht aber militärisch gelöst werden kann (bitte mit Begründung)?

Die Bundesregierung unterstützt den doppelten Ansatz der kolumbianischen Regierung, gegen illegale Gewaltgruppen konsequent durchzugreifen, um das staatliche Gewaltmonopol im ganzen Land zu verankern und gleichzeitig Bereitschaft zu Gesprächen, Wahrheitsfindung und Versöhnung zu zeigen. Dieser Ansatz wird von wirtschaftlichen und sozialen Reformen begleitet. Ausschließlich politische Verhandlungen haben in der Vergangenheit in Kolumbien nicht zum Ziel geführt.

17. Inwiefern spielten Szenarien einer friedlichen Lösung des Konflikts mit den FARC eine Rolle bei den Gesprächen mit der kolumbianischen Regierung?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

18. Teilt die Bundesregierung die positive Bewertung des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, die Bemühungen des venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chavez um die Freilassung von Geiseln der FARC betreffend (bitte mit Begründung)?

Die Bundesregierung hält es nicht für angezeigt, zu Bewertungen anderer Staaten Stellung zu nehmen.

19. Welche diplomatischen Initiativen unterstützt die Bundesregierung, um zu einer friedlichen und politischen Lösung des Konflikts beizutragen?

Der Konflikt in Kolumbien ist ein Binnenkonflikt. Die Bundesregierung sieht die kolumbianische Regierung als den zentralen Akteur der Friedensbemühungen. Jede Initiative ist daher eng mit der kolumbianischen Regierung abzustimmen.

20. Wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Initiative der Schweiz, von Frankreich und Spanien aus dem Jahr 2006, die Verhandlungen über einen humanitären Gefangenenaustausch als Einstieg in Friedensverhandlungen und für die Übergabe der Gefangenen den vorübergehenden Rückzug des Militärs aus einer Zone in Kolumbien vorsah?

Die Bundesregierung hält es nicht für angezeigt, zu Initiativen anderer Staaten Stellung zu nehmen.

21. Wie wertet die Bundesregierung die Bilanz der von der Europäischen Union unterstützten Friedenslabors aus, angesichts der Kritik von Menschenrechtsorganisationen, in den

Projektgebieten würden sich vielfach paramilitärische Strukturen in ziviler Form reorganisieren?

Ein paramilitärischer Einfluss auf Friedenslabore ist der Bundesregierung nicht bekannt. Im Gegenteil, in den letzten Wochen und Monaten haben Drohungen der so genannten „Águilas Negras“ gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Friedenslabore, insbesondere im Magdalena Medio, zugenommen.

22. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Friedensgemeinden in Kolumbien politisch zu unterstützen und ihren Schutz vor Übergriffen abzusichern?

Die Bundesregierung setzt sich sowohl bilateral als auch im Rahmen des kritischen Dialogs, den die EU und die G24 mit der kolumbianischen Regierung führen, für den Schutz der Friedensgemeinden und die Aufklärung der an Bewohnern dieser Gemeinden begangenen Verbrechen ein. Die Deutsche Botschaft in Bogotá hat regelmäßig Kontakt mit Vertretern der Friedensgemeinden und nahm 2007 an einem von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) koordinierten Besuch der Friedensgemeinde von San José de Apartadó teil. Die Bundesregierung fördert finanziell und politisch die Mission zur Unterstützung des Friedensprozesses der OAS (MAPP-OEA). Die beteiligten Länder führen einen Dialog mit dem Menschenrechtsbeauftragten der kolumbianischen Regierung, in dem regelmäßig auch der Schutz der Friedensgemeinden und die Aufklärung der gegen diese begangenen Verbrechen gefordert wird.

23. In welcher Weise hat die Bundesregierung gegenüber der kolumbianischen Regierung auf die Verletzung der ecuadorianischen Souveränität am 1. März 2008 durch die kolumbianische Luftwaffe und Streitkräfte reagiert?

Die Bundesregierung hat den Konflikt als eine regionale Krise angesehen und daher die Staaten Lateinamerikas bzw. die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als die geeigneten Mittler in der Krise betrachtet. Sie hat selbst auf die Konfliktparteien eingewirkt, alles zu tun, was zu einer diplomatischen Beilegung der Krise beitragen konnte.

24. Teilt die Bundesregierung die von der Organisation Amerikanischer Staaten vorgenommene Verurteilung des Übergriffs als Verletzung der Souveränität Ecuadors?

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat in ihrer Resolution vom 5. März 2008 eine Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität Ecuadors durch Kolumbien festgestellt. Die Resolution enthält keine Verurteilung. Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, diese Bewertung zu ergänzen.

Offener Brief zur Lage in Simbabwe

Berlin / Duisburg, 29. Juli 2008

Die Stichwahlen um die Präsidentschaft im südafrikanischen Simbabwe waren von schweren Manipulationen und massiver Gewalt durch die Regierung des faktischen Diktators Robert Mugabe gegen die Opposition begleitet. In zwei Presseerklärungen hatte Hüseyin Aydın im Juni eindeutig Position bezogen und die Regierungsgewalt der Mugabe-Regierung verurteilt. Kritische Reaktionen Einzelner aus Partei und Umfeld der Linken, die in Mugabe noch immer den einstigen Befreiungskämpfer sehen, veranlassten Hüseyin Aydın, seinen Standpunkt in einem offenen Brief zu begründen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

anlässlich der Stichwahlen um die Präsidentschaft, die Ende Juni in Simbabwe stattfanden, habe ich in zwei Presseerklärungen zur tiefen politischen Krise dieses Landes Stellung bezogen. Darin habe ich die Wahlen als undemokratisch bezeichnet und die massive Gewaltanwendung durch das Mugabe-Regime verurteilt. Ferner sprach ich mich für die Ausübung politischen Drucks auf Mugabe aus, aber gegen jede Entsendung von UNO-Truppen, wie dies unter anderem der südafrikanische Bischof Desmond Tutu gefordert hatte.

In den darauffolgenden Tagen erhielt ich einige Reaktionen aus der Partei und ihrem Umfeld, in denen kritische Nachfragen gestellt wurden. Manche Genossen meinten gar, dass im Konflikt mit dem Westen eine Solidarisierung mit dem vermeintlich antiimperialistischen Regime um Robert Mugabe angezeigt wäre. Vor diesem Hintergrund möchte ich Euch meinen Standpunkt ausführlicher begründen.

Mugabe ist ein Gewaltherrscher

Am 29. März dieses Jahres fanden in Simbabwe zeitgleich Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Menschenrechtsorganisationen wie *Human Rights Watch*, aber auch die Gewerkschaftsdachverbände in Südafrika und in Simbabwe beklagten bereits im Vorfeld massive Manipulationen. So wurden etwa die Wahlbezirke zu Lasten der Oppositionsbewegung MDC neu zugeschnitten. Während der Wahlkämpfe kam es zu erheblichen Behinderungen oppositioneller Kandidaten, deren Auftritte durch Behördenwillkür beeinträchtigt oder ganz untersagt wurden. Die staatlichen Gewaltorgane schüchterten im Auftrag der Regierungspartei ZANU-PF die Bevölkerung ein.

Das Wahlergebnis war von Anfang an umstritten. Das lange Hinauszögern des amtlichen Endergebnisses der gleichzeitig abgehaltenen Präsidentschaftswahlen durch die von der ZANU-PF kontrollierte Wahlkommission erregte den Verdacht, dass hier ein Wahlsieg Mugabes im ersten Wahlgang durch Manipulationen der Stimmauszählung nachträglich herbeigefälscht werden sollte. Ein Zusammenschluss verschiedener simbabwischer Nichtregierungsorganisationen, die insgesamt 8.000 regimeunabhängige Wahlbeobachter gestellt hatten, kam zu dem Ergebnis: Oppositionsführer Morgan Tsvangirai hat zwar die absolute Mehrheit knapp verfehlt, sich aber deutlich gegen Mugabe durchgesetzt.

Dies wurde schließlich bestätigt. Der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen ging an Tsvangirai, der sich mit 49 % der Stimmen gegen Mugabe (43 %) behauptete. Rund 8 % der Stimmen entfielen auf den unabhängigen Kandidaten Simba Makoni, der bis dahin zum sogenannten Reformflügel in der ZANU-PF gehört hatte. Makoni war von 2000 bis 2002 Finanzminister, musste aber nach politischen Differenzen mit Mugabe zurücktreten. Bei den zeitgleich abgehaltenen Parlamentswahlen setzte sich die MDC ebenfalls gegenüber der Regierungspartei ZANU-PF durch. Sie stellt nun die Mehrheit im Parlament und damit auch den Premierminister.

Trotz der Manipulationen im Vorfeld wurden die Wahlen von großen Hoffnungen auf einen politischen Wechsel begleitet: Zum einen hatte sich die seit 2005 zerstrittene Opposition teilweise wieder vereinigt. Zum anderen schien ein Wandel auch deshalb möglich, weil mit der Kandidatur Makonis die Risse innerhalb der Regierungspartei ZANU-PF unübersehbar zutage traten. In der Partei konkurriert der Flügel um die simbabwische Vizepräsidentin Joyce Mujuru mit den „Hardlinern“. Mujuru macht „faule Bauern“ für die Nahrungsmittelknappheit in ihrem Land mitverantwortlich, setzt sich aber zugleich für demokratische Reformen sowie einen Kurswechsel in Außen- und Wirtschaftspolitik ein. Sie gilt daher als moderat. Die Hardliner um den früheren Geheimdienstchef Emmerson Mnangagwa stützen sich auf hohe Offiziere im Militär und in den anderen bewaffneten Organen. Sie setzen vornehmlich auf die gewalttätige Niederringung ihrer Gegner.

Dieser Flügel setzte sich nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen innerhalb der Regierungspartei durch. Unter seiner Führung bildete sich ein gemeinsamer operativer Stab der verschiedenen staatlichen und regierungsparteinahen Gewaltorgane, der zum eigentlichen Machtzentrum im Land geworden ist. Nach Informationen des *Africa Confidential* hat diese operative Führung Mugabe zur Stichwahl gedrängt und die folgende Gewaltkampagne gegen die MDC organisiert. Viele Menschen bezahlten dies mit ihrem Leben. Nach der ersten Wahlrunde am 29. März wurden rund 90 MDC-Mitglieder ermordet, rund 2.000 inhaftiert, und viele wurden in der Haft gefoltert. Die von der ZANU-PF gebildeten freikorpsartigen Milizen, die sich trotz ihres meist jugendlichen Alters als „Kriegsveteranen“ bezeichnen, haben ganze Dörfer terrorisiert.

Kundgebungen der MDC wurden verboten, und der Zugang zu den staatlich kontrollierten Medien wurde ihr verweigert. Eine freie Presseberichterstattung fand ebenfalls nicht statt. Unabhängige Mitglieder der Wahlkommission wurden durch loyale ZANU-PF-Mitglieder ausgetauscht. Um jeden Kristallisationspunkt für Widerstand auszuschalten, wurde auch die Führung des Gewerkschaftsdachverbandes verhaftet und unter fadenscheinigen Vorwürfen angeklagt. Vor diesem Hintergrund zog Tsvangirai seine Präsidentschaftskandidatur eine Woche vor der Wahl zurück. Dass sich Mugabe dann – bei geringer Wahlbeteiligung – mit 85 % der abgegebenen Stimmen bestätigen ließ, war nur noch Formsache.

In anderen afrikanischen Ländern haben vor allem linke Kräfte diese Wahlfarce kritisiert. Im Gegensatz zum neoliberalen Regierungsflügel im südafrikanischen ANC unter Präsident Thabo Mbeki hat sich der linke Parteiflügel unter Parteichef Jacob Zuma und auch die kommunistische Partei SAPC deutlich von Mugabe distanziert. Dies gilt, wie erwähnt, auch für die Gewerkschaften sowie eine Vielzahl von NGOs in der Region.

Simbabwes Niedergang

Die staatlich ausgeübte Gewalt im Umfeld der Wahlen von 2008 ist der vorläufige Höhepunkt in einer Entwicklung, die von einem fortdauernden Legitimitätsverlust der ZANU-PF gekennzeichnet ist. Simbabwe war ein knappes Jahrzehnt lang nach der Befreiung vom rassistischen Regime unter Ian Smith Hoffnungsträger für eine Entwicklung hin zu einer besseren Gesellschaft. Rund vierzehn Jahre dauerte der Befreiungskampf. Dem Krieg und dem Staatsterror des Regimes von Ian Smith im damaligen Rhodesien fielen zwischen 1964 und 1978 rund 30.000 Menschen zum Opfer. 1978 trat Smith ab, und 1980 wurde Robert Mugabe Staatspräsident. Mugabe war der Führer der ZANU, die sich später mit der ZAPU unter Joshu Nkomo zur ZANU-PF vereinte.

Doch die Hoffnungen verflogen, nachdem das Land in den 90er Jahren in eine Krise schlitterte, die mittlerweile gigantische Ausmaße angenommen hat. Heute liegt das Land wirtschaftlich danieder. Die Inflationsrate liegt offiziell bei etwa 100.000 Prozent, im Juli 2007 waren es noch rund 8.000 Prozent. Inoffiziellen Schätzungen zufolge soll die Inflationsrate inzwischen bei etwa einer Million Prozent liegen. Wer Geld bekommt, muss es sofort ausgeben. Der Wechsel in harte Währung ist nur auf dem Schwarzmarkt möglich, die Regierung und ihre Verbündeten können allerdings zum günstigen staatlichen Kurs wechseln und damit einkaufen.

Die Arbeitslosenquote beträgt etwa 80 Prozent. Die Wirtschaftsleistung pro Kopf betrug 2000 rund 445 Dollar, 2006 waren es nur noch 133 Dollar. Von den einst gut zwölf Millionen Simbabwern sollen drei Millionen Menschen in Nachbarländer geflohen sein, knapp zwei Millionen sind mit dem HI-Virus infiziert, bis zu vier Millionen Menschen sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Wer ist für diesen katastrophalen Niedergang verantwortlich? Mugabe sagt: Der Kolonialismus, der Rassismus, der Westen. Tatsächlich wurden Simbabwe in den 80er und 90er Jahren wie vielen anderen afrikanischen Staaten schädliche neoliberale Strukturanpassungsmaßnahmen durch IWF oder Weltbank aufgezwungen. Was Mugabe und seine Anhänger verschweigen: Solange es neue Kredite in Aussicht gab, spielte er selbst mit und unterdrückte den Widerstand gegen die neoliberalen Reformen. Zu diesem Zeitpunkt befand er sich weniger mit dem Imperialismus, als mit seinen innenpolitischen Gegnern im Konflikt. In den 80er Jahren setzte er Truppen gegen die Bevölkerung in Matabeleland ein, einer Hochburg seines zeitweiligen Rivalen Nkomo. Bei dem Einsatz sind schätzungsweise 20.000 Menschen ums Leben gekommen, ohne dass dies die Beziehungen zum Westen dauerhaft belastet hätte. In einen Widerspruch zu seinen internationalen Gönnern geriet er erst, als er aus einem Manöver gegen seine innenpolitischen Gegner heraus im Jahr 2000 weiße Farmer angreifen ließ.

Seitdem verbrämt das Regime das eigene Scheitern mit antiimperialistischer Rhetorik. Besonders im Vorfeld von Wahlen wird sie verschärft. In dem Maße, da die Korruptiertheit der herrschenden Klasse Simbabwes an den Tag trat, hat sie allerdings an Zugkraft verloren. Der zunächst große Rückhalt, den Robert Mugabe aufgrund seiner Rolle im Befreiungskampf genoss, sank in Folge der eklatanten Misswirtschaft seit den 90er Jahren fast kontinuierlich ab. Das Jahr 2000 markierte einen Umschlagpunkt in dieser Entwicklung. Im Februar 2000 scheiterte Mugabe in einem Referendum über eine Verfassungsänderung, die u. a. die Erweiterung der Vollmachten des Präsidenten vorsah. 55 % der Wähler lehnten die Änderung ab.

Seither hat die Staatsführung alle Wahlen manipuliert, so die Präsidentschafts- und Kommunalwahlen 2002, die Parlamentswahlen im März 2005, wie auch die vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in diesem Jahr. Denn die Eliten in Partei, Staatsapparat, Streitkräften und Wirtschaft haben im Fall einer Abwahl viel zu verlieren – ihren politischen Einfluss und ihre ökonomischen Pfründe. Sie bilden die herrschende Klasse des Landes, deren Interessen in scharfem Widerspruch zur Masse der Bevölkerung stehen. Viele Mitglieder des heutigen Establishments müssen überdies die strafrechtliche Verfolgung wegen Menschenrechtsverletzungen, wegen Bereicherungsdelikten und wegen Korruption befürchten. Dies erklärt die Kompromisslosigkeit der ZANU-PF-Führung.

Mit welcher Unbarmherzigkeit sie dabei gerade gegen die Ärmsten der Armen vorgeht, zeigte sich bereits in Folge der Parlamentswahlen vom März 2005. Damals musste die ZANU-PF trotz einer geschwächten und gespaltenen Opposition eine Wahlschlappe hinnehmen. Dies trieb die Regierung zu einer fürchterlichen Vergeltungsaktion gegen die Bewohner der ärmsten städtischen Wohnviertel des Landes, in denen die oppositionelle MDC besonders gut abschnitt. Ende Mai 2005 ließen die Behörden zunächst in der Hauptstadt Harare, und danach in weiteren Städten des Landes unter massivem Aufgebot von Polizeikräften und Militär Slumbezirke, Märkte und Wirtschaftsbetriebe im informellen Sektor dem Erdboden gleichmachen. Mindestens 700.000 Menschen verloren nach einem UN-Bericht damals buchstäblich über Nacht ihre Wohnung – und oft ihre Arbeit und Lebensgrundlage.

Von Regierungskreisen wurde diese „Operation Murambatsvina“ („Operation zur Herstellung der Ordnung“) damit gerechtfertigt, dass die wild wachsenden und teilweise illegal errichteten Slumbezirke neuen sozialen Wohnbauprojekten der Regierung weichen sollten. Auch die Bekämpfung des informellen Sektors, der der formellen Wirtschaft Ressourcen entzöge, wurde von der Regierung als Rechtfertigung vorgebracht. Allerdings gab es weder alternative Wohnungsprogramme für die Betroffenen, noch wurden Kompensationszahlungen geleistet oder Beschäftigungsprogramme aufgelegt.

Hoffnungsträger Gewerkschaften

Die bürgerliche Presse in Europa beschränkte sich in der Vergangenheit in ihrer Berichterstattung zu Simbabwe vor allem auf die Regierungsgewalt zu Wahlzeiten. Oder sie thematisierte die Repressionen dann, wenn die weiße Minderheit Ziel von Angriffen durch marodierende Milizen und staatliche Gewaltapparate wurde. Doch die Unterdrückung und Gewalt gegen jegliche Opposition findet in Simbabwe alltäglich statt.

So ließ die Regierung in den vergangenen Jahren wiederholt Streiks gewaltsam brechen und Demonstrationen auflösen. Dies völlig unabhängig davon, ob die Aktionen einen parteipolitischen Hintergrund hatten oder nicht. Bis vor wenigen Jahren entfalteten gerade die Gewerkschaften des Dachverbands ZCTU eine erhebliche politische Dynamik als deutlichste Kritiker der neoliberalen und zugleich korrupten ZANU-PF-Wirtschaftspolitik. Der Organisationsgrad der ZCTU, in der zeitweise bis zu 200.000 Arbeiter organisiert waren (entspricht 15 % der arbeitenden Bevölkerung), machte die Gewerkschaften lange zu einem wichtigen Faktor in Simbawwes Politik. Sie gerieten mit ihren Protesten gegen die zunehmend neoliberale Wirtschaftspolitik schon in den 80er Jahren ins Fadenkreuz der Regierung. Die Versuche der Regierung, die Macht der ZCTU durch Bestechung von Funktionären, durch politischen Druck und die Unterwanderung mit Spitzeln zu brechen, führten zu einer wachsende Entfremdung der Gewerkschaften zur früheren

Befreiungsbewegung um Mugabe. Die Gründung der MDC kann nicht unabhängig von diesem Prozess verstanden werden. Deren Führer Morgan Tsvangirai war zuvor selbst Vorsitzender in der simbabwischen Bergbaugewerkschaft.

Wie schwer die alltägliche Unterdrückung wiegt, zeigt das Beispiel der Lehrgewerkschaft PTUZ. Seit dem Wahlkampf wurden fast 5000 Lehrer körperlich angegriffen, 600 mussten daraufhin im Krankenhaus behandelt werden. Mindestens 230 Lehrerwohnungen wurden von ZANU-PF-Milizen oder Staatsorganen verwüstet. Raymond Majongwe, Generalsekretär der PTUZ, wurde selbst zweimal Opfer von Schlägerüberfällen und Elektroschockfolter. Nachdem vor zwei Wochen eine Gruppe von Männern sein Haus stürmte, ist er verschwunden.

Angesichts solch brutaler Unterdrückungsmaßnahmen sowie in Anbetracht einer Arbeitslosigkeit von heute 80 % ist das politische und ökonomische Druckpotenzial der Gewerkschaften gesunken. Dies zeigten die gemeinsamen Aufrufe zu Arbeitsniederlegungen im vergangenen Frühjahr, denen nur wenige Arbeitnehmer Folge leisteten. Dennoch spielen die Gewerkschaften bis heute eine wichtige politische Rolle in der Demokratiebewegung – nicht zuletzt deshalb, weil sie ein wichtiges Gegengewicht zu dem tatsächlich vorhandenen neoliberalen Flügel in der MDC bilden. Dieser beschränkt sich zwar im Wesentlichen auf einen kleinen Teil der Führungsebene sowie einen Teil der verbliebenen weißen Mittel- und Oberschicht. Für die künftige Ausrichtung der MDC ist entscheidend, in welchem Maß die ZCTU und ihre Aktivisten auf die Debatten in der MDC und der darüber hinausgehenden Oppositionsbewegung einwirken können.

Landreform

Unter dem Druck von unten versucht die ZANU-PF, ihren Rückhalt in der Bevölkerung über die konditionierte Abgabe von Nahrungsmitteln herzustellen, die bevorzugt in Hochburgen der Regierungspartei verteilt wurden. In den so genannten „Volksläden“, die im Wahlkampf von der Regierung eingeführt wurden, können subventionierte Grundnahrungsmittel erworben werden – in der Praxis verkaufen die Läden aber nur an ZANU-PF-Unterstützer sowie an die „Kriegsveteranen“. Aber auch die diesbezüglichen Handlungsspielräume engten sich in den letzten zehn Jahren drastisch ein, da die verfügbaren Lebensmittel weniger werden. Wiederkehrende Dürreperioden sind dafür verantwortlich, ebenso wie die mangelnde Effizienz der Landwirtschaft. Die fehlgeleitete Landreform aus dem Jahr 2000 hat das Hungerproblem akut werden lassen.

Nun führt das Regime gerade die Landreform als Beleg für seinen antiimperialistischen Charakter an. Tatsächlich aber verschleppte der „Antiimperialist“ Mugabe jede Landreform zwanzig Jahre lang. Erst unter massivem innenpolitischem Druck, nach Gründung der MDC, entdeckte er das Thema. Doch das, was das Regime dann anstiftete, verdient seinen Namen nicht. Die „Landreform“ war keine Massenbewegung von Landlosen, die sich selbst befreiten. Sie war eine von oben über die Bildung von „Veteranenmilizen“ inszenierte Gewaltkampagne. Sie verlief unkoordiniert und überhastet. Die Verteilung von Land wurde unabhängig von Fachkenntnissen durchgeführt. In der Folge brach die landwirtschaftliche Produktion ein, was zugleich die Nahrungsmittelherstellung und die Erwirtschaftung von Devisen untergrub. Es gab keinerlei Alternativpläne, wie die Versorgungslage der Bevölkerung gesichert und die Einnahmeausfälle abgefedert werden sollten.

Die Überhastung hatte einen einfachen Grund. Mugabe versuchte durch die Mobilisierung so genannter Veteranen in chaotischen Landbesetzungsaktionen eine politische Kampagne gegen die neugegründete MDC hochzuziehen. So trafen die ersten Enteignungswellen just jene Farmer, die die Opposition unterstützten oder ihr nahe standen. Ian Smith starb hingegen 2007 als reicher Mann in Besitz von zwei Gütern.

Die so genannte Landreform offenbarte den Bankrott des Regimes. Daran ändert auch manch verheuchelte Reaktion im Westen nichts. Während Mugabe als der Macher posierte, der sich erneut in die vorderste Front gegen die weiße Vorherrschaft stellt, hat die schwarze Mehrheitsbevölkerung nichts von der Kampagne gehabt. Die Ernährungsgrundlage der Bevölkerung wurde im Konflikt mit der MDC hinten angestellt. Die besetzten Ländereien erhielten Günstlinge des Regimes.

Fazit und Ausblick

In der vergangenen Woche unterzeichnete Mugabe als Vorsitzender der ZANU-PF mit den Führern der beiden MDC-Fraktionen eine Absichtserklärung, wonach die drei Parteiformationen eine Verhandlungslösung anstreben. Dies allein verdeutlicht, dass das Regime nicht allmächtig ist und der Widerstand nicht spurlos an ihm vorbeigeht. Die Hoffnung in der Bevölkerung besteht darin, dass auf diese Weise zumindest die offene Gewaltanwendung abnimmt. Eine dauerhafte Lösung wird über eine ausgehandelte Machtteilung wie in Kenia nicht zu erreichen sein.

Tsvangirai hat sich seit langem von seinen Wurzeln in der Gewerkschaftsbewegung entfernt und eine wirtschaftsliberale Ausrichtung angenommen. Ungeachtet dessen erklärte er zu den Verhandlungen: „Wir begründen keinen elitären Pakt, sondern repräsentieren die Hoffnungen und Anliegen jedes Bürgers.“ An diesen Worten wird er zu messen sein. In der Zwischenzeit kommt es darauf an, dass sich der Widerstand in seiner ganzen Breite erholt und eine gemeinsame Bewegung auf den Straßen und in den Armenvierteln bildet, um den Druck auf die Verhandlungen aufrechtzuerhalten.

Dass die internationale Kritik an Mugabe, vor allem aus USA und EU, ein gehöriges Maß an Doppelmoral in sich trägt, steht außer Frage. Es gibt genügend Beispiele für Regime, die trotz massiver Menschenrechtsverletzungen aufgrund ihrer ökonomischen Bedeutung hofiert werden. Wie bereitwillig im vergangenen Jahr auch in Deutschland die gefälschten Wahlen des größten afrikanischen Ölförderstaates Nigeria erst verharmlost und dann vergessen wurden, ist da nur ein Beispiel.

Doch das allein kann nicht der Maßstab sein, den wir an Mugabe anlegen. Wir müssen uns mit den Kräften in Simbabwe solidarisieren, die einen Weg zu sozialer Sicherheit suchen und echten demokratischen Wandel wollen. Dies schließt durchaus ein kritisches Verhältnis zur Politik von Oppositionsführern wie Tsvangirai ein. Aber diese Kritik muss auf der Basis der Solidarität mit dem simbabwischen Widerstand gegen das Unrechtregime Mugabes beruhen. Alles andere wäre Verrat an unseren eigenen Idealen.

Mit solidarischen Grüßen,

Euer Hüseyin Aydın

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Dr. Birgit Bock-Luna
Dr. Alexander King
Christine Scherzinger
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:
Heike Hänsel MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:
Traudel Horn-Metzger
Frederico Elwing
heike.haensel@wk.bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:
Heike Hänsel, MdB
Bürogemeinschaft Freiburger Linke
Greiffeneggring 2
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:
Dr. Susanne Hartmann
Dr. Peer Villwock
freiburg@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Entwicklungspolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE: Annette Groth

Telefon: 030 – 227 52 802
Email: annette.groth@linksfraktion.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Björn Aust
Ruben Eberlein
Kim Weidenberg

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:
Martina Ammann-Hilberath
Ali Güler
Werner Wirtgen
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Homepage: www.hueseyin-aydin.de